

# Offene Worte

Online Nr. 8

Zeitung der LINKEN für den Barnim 29. April 2020, 30. Jahrg.



## Das 1. Mai-Programm der Brandenburger LINKEN

Ab 11 Uhr auf Youtube anschauen

Das traditionelle Frankfurter Brückenfest am 1. Mai wird in diesem Jahr Demonstrationen auf den Straßen ersetzen. Es wird ausschließlich online stattfinden. Brandenburger LINKE und Sympathisant\*innen sind eingeladen zu zwei Stunden Politik und Kultur, gedreht in der Kulturmanufaktur Gerstenberg in Frankfurt (Oder). Mit Zuschaltungen aus Brandenburg, Berlin und Brüssel. Das Programm kann man online anschauen ab 11 Uhr auf Youtube:

Youtube starten, dann die Adresse eingeben:  
ffo.dielinke-brandenburg.de  
oder  
auf facebook: fb.com/dielinkebrandenburg.

### Das Programm:

**Diskussion** zum Thema „Kinder- und Familienpolitik in Corona-Zeiten“: mit der Landtagsabgeordneten Kathrin Dannenberg, Jacqueline Eckardt und Oberbürgermeister René Wilke; Moderation: Stefan Kunath

**Grußworte** der Parteivorsitzenden Katja Kipping, dem Europaabgeordneten Martin Schirdewan und der Bundestagsabgeordneten Dr. Sahra Wagenknecht

**Lesung:** „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“

**Musik** mit „Lunya & Ray Carter“ und „Andrej Hermlin and his Swing Dance Orchestra“

## Kreistag wird am 10. Juni wieder tagen

Der nächste Barnimer Kreistag ist für den 10. Juni geplant, darauf verständigten sich am 27. April die Fraktionsvorsitzenden gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Kreistages und dem Landrat in einer Telefonkonferenz.

Bis zum 10. Juni werden auch nur der Finanz- und der Kreisausschuss zur unmittelbaren Vorbereitung des Kreistags tagen.

Der Kreistag soll nur Themen behandeln, die zur Sicherung des Verwaltungshandelns notwendig sind. Weitergehende Themen kommen wieder auf die Tagesordnung, wenn die Ausschüsse wieder tagen, voraussichtlich im Juni.

Derzeit informiert der Landrat in wöchentlichen Telefonkonferenzen über aktuell anstehende Fragen die Fraktionsvorsitzenden.

**Lutz Kupitz, DIE LINKE  
Fraktionsvorsitzender**

## Soforthilfe Brandenburg: Wortbruch?

Landesregierung hat unauffällig gute Regeln für Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmen geändert  
LINKE forderte am 28. April: Die ursprünglichen staatlichen Zusagen müssen eingehalten werden

Eine Korrektur des Durcheinanders, das die Brandenburger Landesregierung seit Anfang April für Solo-Selbstständige, Freischaffende und Kleinstunternehmer mit bis zu 5 Beschäftigten anrichtet, wollte die Fraktion der LINKEN am 28. April im Wirtschaftsausschuss des Landtages erreichen. Gemeinsam mit den Freien Wählern beantragten sie, dass das ursprüngliche Anliegen, die Soforthilfen für diesen Bereich in Höhe von bis zu 9.000 Euro vorbehaltlos ausgezahlt wird, und zwar unabhängig davon, ob sie einen betrieblichen Sach- und Finanzaufwand in dieser Höhe geltend machen können. Dieser Antrag wurde von SPD, CDU und Grünen abgelehnt.

Der Ablauf ist inzwischen kaum noch allgemein verständlich: Am 26. März beschloss das Brandenburger Wirtschaftsministerium eine Richtlinie, nach der genau das eingangs beschriebene Verfahren beschlossen wurde. Dadurch gab es ein Brandenburger Soforthilfeprogramm, das Unternehmen bis zu 5 Beschäftigten 9.000 Euro als **Zuschuss** zahlt, bis zu 15 Beschäftigten

15.000 Euro, bis zu 50 Beschäftigten 30.000 Euro und bis zu 100 Beschäftigten 60.000 Euro.

Damit war Brandenburg sogar Vorreiter bei den Regelungen für die Kleinstunternehmen. Denn hier sind alle erfasst, auch Soloselbstständige in Kunst und Kultur oder Physiotherapien, kleine Händler. Und der große Vorteil: Das Geld sollte sowohl für Betriebskosten als auch für den Lebensunterhalt verwendet werden dürfen. „Es sollte sofort helfen und zum Beispiel auch ergänzende Anträge auf Hartz IV ersparen. Direkte Zuschüsse sind derzeit das einzig richtige Mittel,“ erklärt Sebastian Walter, Vorsitzender der LINKEN im Brandenburger Landtag.

Die Investitionsbank Brandenburg (ILB), Auszahlerin der Gelder, arbeitete schnell, manche Kleinstunternehmer hatten bereits zwei Wochen nach Antragstellung das Geld auf dem Konto.

Aber kaum jemand bekam

eine rechtliche Änderung mit: Mit Pressemitteilung vom 2. April erklärten Wirtschaftsminister und ILB auf einmal, dass nunmehr das Bundesprogramm gelte. Das aber sieht andere Regelungen vor.

Besonders schwierig für die Solo-Selbstständigen und Kleinstunternehmen, es werden nur Betriebsausgaben (Mieten, Pachten und Leasingkosten) als Aufwand unterstützt, nicht aber Kosten des Lebensunterhaltes. „Gerade bei Solo-Selbstständigen darf man in der jetzigen Situation diese Unterscheidung nicht machen“, erläutert Walter eindringlich. „50.000 Anträge liegen vor von Kleinstunternehmen bis 5 Beschäftigte. Diese Selbstständigen arbeiten oft zu Hause, haben kaum steuerrechtliche Betriebsausgaben, ihr Umsatz ist direkt ihr Lebensunterhalt.“

Brandenburgs Ministerpräsident Woidke sorgte bereits am Wochenende für Empörung mit seiner Äußerung, dass man das Geld

nicht zum Fenster rausschmeißen könne. Tatsächlich gibt der Bund die Regelungen vor. Aber die Bundesländer können nach eigenen Richtlinien Gelder auszahlen, das wird zum Beispiel in Baden-Württemberg und Bayern praktiziert.

DIE LINKE fordert deshalb von der Landesregierung, dass sie Wort hält und die Entscheidung vom 26. März wieder in Kraft setzt. „Die Anträge wurden zum größten Teil unter dieser Voraussetzung gestellt. Die Landesregierung kann aus dem aufgenommenen Kredit von 2 Milliarden Euro die Gelder auszahlen“, betont Walter. „Nach unseren Berechnungen werden 450 Millionen Euro für Unternehmen mit bis 5 Beschäftigten gebraucht. Das muss Brandenburg stemmen.“

LINKE und Freie Wähler werden ihren Antrag im Mai in den Landtag erneut eingringen und hoffen auf massive Unterstützung der betroffenen Unternehmer\*innen. (bc)

**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN  
**Kontakt:** DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488  
**E-Mail:** [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de); ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW  
am 1. Mai